



26. Sitzung

18.01.2019

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9

Der Selbstbefassungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „Bombendrohungen auch gegen Gerichte des Landes Sachsen-Anhalt“ in A Drs. 7/REV/53 wurde zusätzlich als neuer TOP 5 aufgenommen.

1. a) **Aufklärung im Todesermittlungsverfahren Oury Jalloh muss vorangetrieben werden**
Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/1851
- b) **Vorlage der Akten im Fall Oury Jalloh**
Beschluss Landtag - Drs. 7/2143

Beschlussrealisierung Landesregierung - Drs. 7/2416

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung führte eine Beratung durch.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 und zur Anpassung von bereichsspezifischen Datenschutzvorschriften an die Richtlinie (EU) 2016/680 sowie zur Regelung der Datenschutzaufsicht im Bereich des Verfassungsschutzes**

Gesetzentwurf Landesregierung - Drs. 7/3207

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung führte eine Beratung durch und verständigte sich darauf, das Thema in einer der nächsten Sitzungen erneut aufzurufen.

3. **Überfall auf Männer mit Migrationshintergrund**

Selbstbefassung Fraktion AfD - A Drs. 7/REV/51

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen. Im Ergebnis der anschließenden Beratung verständigte er sich darauf, bei Bedarf der antragstellenden Fraktion, den Selbstbefassungsantrag zu gegebener Zeit erneut aufzurufen.

4. Zuverlässigkeit von Dolmetschern bei Ermittlungsverfahren

Selbstbefassung Fraktion AfD - **ADrs. 7/REV/52**

Der Beratungsgegenstand wurden gemäß § 85 Abs. 4 GO.LT vertraulich verhandelt.

5. Bombendrohungen auch gegen Gerichte des Landes Sachsen-Anhalt

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 7/REV/53**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm den Bericht der Landesregierung entgegen und führte eine Beratung durch.

6. Verschiedenes

6.1 Niederschriften

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung billigte die Niederschriften über den nichtöffentlichen und den vertraulichen Teil der 25. Sitzung am 07.12.2018.

6.2 Termine

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung stimmte der Teilnahme des Ausschussvorsitzenden -im Auftrag des Ausschusses- am Parlamentarischer Abend des Deutschen Juristentages am 11.04.2019 in Berlin zu.

6.3 Reise in Delegationsstärke zum Thema Justizvollzug

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung verständigte sich auf die Durchführung einer Delegationsreise in die Schweiz vom 03.09.2019 bis 06.09.2019.

6.4 Landtag im Dialog

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung verständigte sich darauf, den Bürgerdialog im 2. Halbjahr 2019 durchzuführen

6.5 Termine

Die nächste Sitzung findet am 22.03.2019 u.a. mit Anhörungen zur Drs. 7/3465 - Streichung des Verbots der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche (§ 219a StGB) – sowie zu den Drs. 7/3483 und 7/REV/47 zur Situation der Gerichtsvollzieher statt.

Jörg Drebenstedt
Ausschussdienst
